



## **Anforderungen der IG Metall an die niedersächsische Landespolitik:**

### **Wandel der Autoindustrie – Niedersachsen muss Vorbild für gute und sichere Arbeit sein**

Niedersachsen ist zusammen mit Baden-Württemberg die am stärksten von der Autoindustrie abhängige Region in Deutschland. Das trifft sogar im europäischen Maßstab zu. Dominierend ist hierbei der VW-Konzern mit der Konzernzentrale und mehreren Standorten. Die Branche steht angesichts der verschärften Umweltvorschriften und der Digitalisierung vor einem massiven Wandel von Technologien, Tätigkeiten und Geschäftsmodellen. Eine aktuelle Analyse im Auftrag der IGM kommt zu dem Schluss, dass es bei einem mittleren Ausbaupfad der Elektromobilität bis 2030 (2030 ca. 30%-Anteil an E-Fahrzeugen bei Neuzulassungen) zu einem Abbau von Arbeitsplätzen rund um den Antriebsstrang um bis zu 40% kommen könnte. Es ist davon auszugehen, dass auch in Niedersachsen viele Betriebe der automobilen Wertschöpfungskette vor großen Herausforderungen stehen. Ziel der IG Metall ist es dabei, die Beschäftigung an den existierenden Standorten zu sichern und den Beschäftigten Zukunftsperspektiven zu bieten.

Es ist vor allem Aufgabe der Unternehmen, sich auf den anstehenden Strukturwandel der Branche aktiv vorzubereiten. Die Weichen hierfür werden jetzt gestellt. Die großen OEMs investieren massiv in die neuen Antriebstechnologien und in die Digitalisierung. In vielen OEMs und bei großen Zulieferunternehmen sind bereits Vereinbarungen mit Betriebsräten und der IGM über die künftigen Produkte und zur Beschäftigungssicherung getroffen worden. Wir erwarten von den Eigentümern und Geschäftsführern überall in der Zulieferindustrie nicht passive Rationalisierung und Beschäftigungsabbau, sondern Investitionen in neue Technologien und in die Qualifikation der Menschen. Eine umfassende Mitbestimmung und die Beteiligung der Beschäftigten sind dabei ein zentraler Erfolgsfaktor.

Der Umbau der automobilen Wertschöpfungskette muss auch für die Landespolitik höchste Priorität haben. Niedersachsen muss Vorreiter und Vorbild bei der Gestaltung des Strukturwandels der Mobilität werden. Wir haben den klaren Anspruch, dass dieser Prozess auch durch die Landesregierung so gestaltet wird, dass die Sicherung von Arbeitsplätzen und guten Arbeitsbedingungen sowie von Tarifbindung und Mitbestimmung einen hohen Stellenwert einnimmt.



Die Landesregierung muss dabei auf verschiedenen Feldern unterstützend tätig werden.

- 1) Schaffung eines kontinuierlichen (industriepolitischen) Zukunftsdialogs unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Hieran sind auch weitere Akteure aus Wissenschaft und NGOs zu beteiligen
- 2) Ansiedlung der Zuständigkeit hierfür in der Staatskanzlei; das unterstreicht die Priorität und ist auch geboten, weil die Thematik verschiedene Ministerien (Wirtschaft; Umwelt/Energie; Wissenschaft; Inneres) tangiert
- 3) Analyse der Betroffenheit einzelner Standorte und der gesamten Wertschöpfungskette durch den Strukturwandel; Erstellung einer Studie zu den industrie- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in einzelnen Regionen
- 4) Angebot von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Begleitung von Umstrukturierungsprozessen (z.B. für Qualifizierung u.a.)
- 5) Unterstützung von Strategieentwicklungen auf Unternehmensebene durch Beratung von Unternehmen und Betriebsrat
- 6) Koordinierung des Ausbaus der Infrastruktur für Elektromobilität und Digitalisierung